

# Hanse- und Universitätsstadt Rostock

## Bürgerschaft

### N i e d e r s c h r i f t

#### Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Migration

---

Sitzungstermin:	Mittwoch, 03.06.2020
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	17:55 Uhr
Raum, Ort:	Sitzungssaal der Bürgerschaft, Rathaus, Neuer Markt 1, 18055 Rostock

---

#### Sitzungsteilnehmer:

##### **Anwesende Mitglieder**

##### **Vorsitz**

Ralf Mucha	SPD
------------	-----

##### **reguläre Mitglieder**

Jutta Reinders	DIE LINKE.PARTEI
May-Britt Krüger	CDU/UFR
Nurgül Senli	DIE LINKE.PARTEI
Chris Günther	CDU/UFR
Frank-Egon Naß	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Sebastian Bergs	FDP

##### **Stellvertreter**

Ingrid Köpke	Rostocker Bund
--------------	----------------

##### **Verwaltung**

Stephan Knohse	Amt für Jugend, Soziales und Asyl
Robert Pfeiffer	Amt für Jugend, Soziales und Asyl
Heike Quindt	Amt 50
Dr. med. Markus Schwarz	Gesundheitsamt
Frau Wilke	Bauamt

##### **Gäste**

Seniorenbeirat
----------------

##### **Abwesende Mitglieder**

##### **reguläre Mitglieder**

Sören Grümmer	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	entschuldigt
Pauline Block	SPD	entschuldigt
Roger Schmidt	Rostocker Bund	entschuldigt
Stefan Treichel	AfD (fraktionslos)	entschuldigt

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.02.2020
- 4 Anträge
- 5 Beschlussvorlagen
- 6 Informationsvorlagen
- 6.1 Umsetzung des Beschlusses Nr. 2019/AN/0527 "Unterstützung alternativer Wohnformen und Wohnprojekte" vom 22.01.2020  
Vorlage: 2020/IV/0961
- 6.2 Städtebaulicher Vertrag für den B-Plan "Wohnen am Werftdreieck"  
Vorlage: 2020/IV/0967
- 6.3 Statistische Entwicklungen zum Personenkreis der Asylbewerber und Geflüchteten  
Vorlage: 2020/IV/0849
- 7 Verschiedenes
- 7.1 Information der Verwaltung über die Auswirkungen Corona- Pandemie in den Bereichen Soziales, Gesundheit und Migration
- 7.2 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 7.3 Informationen der Verwaltungsvertreter
- 7.4 Tagesordnung für die Sitzung am 22.07.2020
- 8 Schließen der Sitzung

**TOP 1      Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**

Herr Mucha eröffnet die Ausschusssitzung, die im Zusammenhang mit den Regelungen der Anti-Corona-Verordnung M-V in der Fassung vom 06.05.2020 im Bürgerschaftssaal stattfindet und verweist auf die Einhaltung des Mindestabstands von 1,5 Metern zwischen Personen sowie der hygienischen Anforderungen.

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung fest. Es sind 8 Mitglieder anwesend. Den Ausschussmitgliedern ist die Tagesordnung am 26.05.2020 per Allris und Mail zugegangen. Die öffentliche Bekanntmachung erfolgte fristgerecht durch Aushang im Rathaus und in den Ortsämtern und im Internet.

Herr Mucha begrüßt die Gäste.

**TOP 2      Änderung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

**TOP 3      Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.02.2020**

Innerhalb der Frist ist kein Einwand eingegangen, die Niederschrift vom 19.02.2020 wird damit bestätigt.

**TOP 4      Anträge**

Es liegen keine Anträge zur Beratung vor.

**TOP 5      Beschlussvorlagen**

Es liegen keine Beschlussvorlagen zur Beratung vor.

**TOP 6      Informationsvorlagen**

**TOP 6.1      Umsetzung des Beschlusses Nr. 2019/AN/0527 "Unterstützung alternativer Wohnformen und Wohnprojekte" vom 22.01.2020  
Vorlage: 2020/IV/0961**

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

**TOP 6.2      Städtebaulicher Vertrag für den B-Plan "Wohnen am Werftdreieck"  
Vorlage: 2020/IV/0967**

Herr Bergs fragt nach dem Städtebaulichen Vertrag, der als Anlage zur Infovorlage im Allris einsehbar ist.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

**TOP 6.3    Statistische Entwicklungen zum Personenkreis der Asylbewerber und Geflüchteten**  
**Vorlage: 2020/IV/0849**

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

**TOP 7        Verschiedenes**

**TOP 7.1    Information der Verwaltung über die Auswirkungen Corona- Pandemie in den Bereichen Soziales, Gesundheit und Migration**

Coronabedingt durften viele freie Träger ihre Leistungen nicht mehr in gewohnter Form anbieten, berichtet Herr Pfeiffer. Laut Sozialdienstleistungsgesetz (SodEG) kann der Leistungserbringer finanzielle Mittel beantragen, um seine Einnahmeausfälle zu kompensieren. Freie Träger erhalten auf Antrag 75 %, dieser Betrag wird von HRO noch mal um 25 % aufgestockt, um die 100%ige Finanzierung der Leistungen der freien Träger sicherzustellen.

Eine vom Amt für Jugend, Soziales und Asyl erstellte Online-Plattform dient den freien Trägern zum Austausch von Personal untereinander, das derzeit keine Leistungen erbringen kann.

Jederzeit konnte die Versorgung in allen Rechtskreisen, die das Amt für Jugend, Soziales und Asyl verantwortet, sichergestellt werden.

Ein erhöhtes Antragsaufkommen in der Grundsicherung ist zu verzeichnen, z.B. durch Solo-Selbstständige.

In den GUs Satower Straße und Langenort konnten in Abstimmung mit den Trägern die Hygieneauflagen umgesetzt werden.

Alle Leistungen wurden und werden in der gesamten herausfordernden Zeit sichergestellt. Auf Nachfrage zur Prüfung der Einhaltung der Corona-Richtlinien in Einrichtungen wird informiert, dass dies nicht Aufgabe des Amtes für Jugend, Soziales und Asyl ist.

Herr Dr. Schwarz berichtet über die äußerst herausfordernde Aufgabe und die umfangreiche Organisation.

Weitere parallel laufende Aufgaben des Gesundheitsamtes, wie Schuleingangsuntersuchungen, Begutachtungen, aufsuchende Hilfeleistungserbringungen u.a.m., mussten zeitweise ausgesetzt werden, um die personellen Ressourcen für die Nachverfolgung von Infektionsketten einzusetzen. Bis 03.06.2020 wurden in Rostock kumulativ 100 positiv auf das SARS-CoV-2-Virus Bürgerinnen und Bürger getestet (MV: 762), darunter auch die gesamte Besatzung eines internationalen Handelsschiffes.

Zunächst war trotz Bedarfsmeldung keine ausreichende Zahl an Schutzmitteln vorhanden, die Zurverfügungstellung konnte dann später durch die Hilfen des Bundes und des Landes sukzessive akquiriert werden. In einer beispiellosen Zusammenarbeit zwischen dem Gesundheitsamt und dem Brandschutz- und Rettungsamt erfolgte und erfolgt die Verteilung der Schutzausrüstungen an die Bedarfsträger in der Stadt.

Es gab und gibt gegenwärtig extrem viele Anfragen zur Interpretation diverser Erlasse und Verordnungen. Die dauerhafte Beantwortung der täglich eintreffenden mehreren hundert Auskunfts- und Frage-E-Mails bedarf dringend und sofort einer externen Unterstützung.

Mit Sorge wird der Herbst gesehen, wenn die jährliche Influenzazeit beginnt. Eine große Herausforderung ist das Erkennen einer normalen Influenza in Abgrenzung zu anderen Infektionen der Luftwege, so auch die weitere Detektierung einer Corona-Infektion. Welche Test-Strategie soll hierfür genutzt werden?

Ein gemeinsames Agieren bei der Aufgabenorganisation bei erhöhtem Infektionsaufkommen für die nahe Zukunft ist notwendig.

50 Mitarbeiter würden bei 208.000 Einwohnern in der HRO benötigt, um ad hoc zu eruieren, mit wem der Corona (o.ä.)-Infizierte Kontakt hatte (gemäß einer Berechnung des Bundesministeriums für Gesundheit).

Der OB soll gebeten werden, ein fest benanntes Team aus der Verwaltung, ggf. ergänzt um Studentinnen und Studenten der Humanmedizin, zusammenzustellen, um geeignete technische und organisatorische Rahmenbedingungen zu schaffen.

Ein großer Dank geht an die MitarbeiterInnen des Gesundheitsamtes für ihren unermüdlichen Einsatz und an das Rechnungsprüfungsamt, das Brandschutz- und Rettungsamt und Sozialamt für ihre Hilfe und Unterstützung.

Auch die Ausschussmitglieder danken den MitarbeiterInnen der Verwaltung.

Herr Mucha bittet Herrn Dr. Schwarz um Kopien der Schreiben an den OB, um die Anliegen nachhalten zu können.

Nachfrage zur Unterscheidung normaler Erkältungserscheinungen und Covid19-Symptomen und zur Testung.

Ein Hygienekonzept mit Stufenplan wurde vom Gesundheitsamt für die Stadtverwaltung erstellt.

Es gibt eine enge Zusammenarbeit mit Südstadt- und Universitätsklinikum.

#### **TOP 7.2    Anfragen der Ausschussmitglieder**

Es gibt keine weiteren Fragen der Ausschussmitglieder.

#### **TOP 7.3    Informationen der Verwaltungsvertreter**

Herr Pfeiffer informiert zum Wohlfahrtsfinanzierungs- und -transparenzgesetz, mit dem das Land die Kommunalisierung der Beratungsleistungen beabsichtigt. Das Inkrafttreten ist nun zum 01.01.2022 geplant.

Der Entwurf der Fortschreibung der Pflegesozialplanung liegt vor, muss jedoch überarbeitet werden, da es nicht den Vorgaben der HRO entspricht. Eine Vorlage zur Juli-Sitzung ist geplant.

Die Umsetzung der 3. Stufe des Bundesteilhabegesetzes hat sich coronabedingt verzögert (Bescheidung der Neufestsetzung von Leistungen).

Herr Pfeiffer wirbt für die schnelle Besetzung der Stellen im Gesundheitsamt und Amt für Jugend Soziales und Asyl, die mit dem Stellenplan 2020/2021 beschlossen wurden, und bittet um Zustimmung im Hauptausschuss, um die Hilfen für die Gesellschaft sicherstellen zu können.

Auf Nachfrage wird von Herrn Pfeiffer erklärt, dass alle dringend benötigten Stellen im Amt für Jugend, Soziales und Asyl im Stellenplan 2020/2021 vorhanden sind. Darüber hinaus werden z.B. für die Entwicklung eines Qualitätsmanagements sozialer Leistungen weitere Stellen benötigt, welche sich nicht im Stellenplan 2020/2021 befinden.

**TOP 7.4 Tagesordnung für die Sitzung am 22.07.2020**

Die nächste Sitzung findet am 29.07.2020 statt.

- BV Pflegesozialplanung geplant
- Anfragen der Ausschussmitglieder
- Informationen der Verwaltungsvertreter
- Tagesordnung für die Sitzung am 19.08.2020

**TOP 8 Schließen der Sitzung**

Die Sitzung wird um 17.55 Uhr geschlossen.

---

gez. Ralf Mucha

---

gez. Barbara Schaar